

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023 – Drucksache 17/5662

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023 – Drucksache 17/5662 – Kenntnis zu nehmen.

22.11.2023

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte öffentlich die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/5662, in seiner 26. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 22. November 2023. Vorberatend hatten sich der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Willi Stächele wies darauf hin, die Mitteilung werde am 13. Dezember 2023 in der 82. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg als letzter Tagesordnungspunkt beraten.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP brachte vor, in dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen für das dritte Quartal 2023 finde die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) keine Erwähnung. Sie interessiere, ob das daran liege, dass dies für Baden-Württemberg derzeit noch keine große Bedeutung habe.

Staatssekretär Florian Hassler erklärte, das sei wohl der Schwerpunktsetzung in dem Bericht geschuldet. Zum Thema GEAS seien durchaus sehr viele Gespräche geführt worden. Das Land habe die GEAS-Verhandlungen sehr unterstützt. Der Ministerpräsident habe sich diesbezüglich z. B. in der Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht. Auch öffentlich habe er sich dazu positioniert. Es habe aber nicht das eine Format bzw. das eine Fachgespräch der Landesregierung gegeben, das

Ausgegeben: 7.12.2023

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

lohnenswert erschienen wäre, in dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen aufgenommen zu werden. Die Verhandlungen seien jetzt durch. Auch liege die Zuständigkeit für dieses wichtige Thema nicht wirklich bei der baden-württembergischen Landesregierung.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/5662 Kenntnis zu nehmen.

6.12.2023

Frey

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023
– Drucksache 17/5662****Bericht über aktuelle europapolitische Themen****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023 – Drucksache 17/5662 – Kenntnis zu nehmen.

15.11.2023

Der Berichterstatter:

Hans Dieter Scheerer

Der Vorsitzende:

Dr. Erik Schweickert

Bericht

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus behandelte die Mitteilung Drucksache 17/5662 in seiner 25. Sitzung am 15. November 2023 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales. Die Sitzung fand als gemischte Sitzung mit Videokonferenz statt.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus führte aus, er greife im Folgenden die wirtschaftspolitischen Themen des Berichts auf. Baden-Württemberg habe in diesem Jahr die Präsidentschaft der „Vier Motoren für Europa“ inne, um die sich der Staatssekretär im Staatsministerium im Besonderen kümmere. Für die wirtschaftspolitischen Themen sei dabei der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium verantwortlich.

Im Rahmen dieser Präsidentschaft, die mit dem Titel „Transformation“ überschrieben sei, habe vom 25. bis 27. Oktober 2023 die Incoming-Mission zum Thema „KI der industriellen Anwendung“ mit über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den drei Partnerregionen stattgefunden. Anlässlich der Incoming-Mission hätten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den IPAI (Innovation Park Artificial Intelligence), Festo sowie das „KI-Fortschrittszentrum Lernende Systeme und Kognitive Robotik im Cyber Valley“, welches beim Fraunhofer IPA (Institut für Produktionstechnik und Automatisierung) und IAO (Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation) angesiedelt sei, besucht.

Am 13. Juli dieses Jahr habe die „Start-up BW Night“ in Mannheim-Jungbusch unter dem Motto „Public meets Start-up culture“ stattgefunden, an der etwa 3 000 Menschen partizipiert hätten. Die Veranstaltung diene dazu, aufzuzeigen, wie Start-ups, das regionale Start-up-Ökosystem sowie Investoren, etablierte Unternehmen und Business Angels zusammenarbeiteten und weiterentwickelt würden.

Des Weiteren habe der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte Baden-Württemberg einen Besuch abgestattet. Im Rahmen dessen sei verdeutlicht worden, wie wichtig der Europäische Sozialfonds (ESF) für Baden-Württemberg, gerade für die Wirtschaft im Land, sei, vor allem im Zusammenhang mit der Aus-

und Weiterbildung. Aber auch der Fachkräftemangel oder der Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF), ein beihilferechtlicher Rahmen, der zwar auch Baden-Württemberg als wirtschaftsstarke Region zusätzliche Beihilfemöglichkeiten bei Transformationstechnologien biete, der allerdings weiterhin derart ausgestaltet sei, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu wirtschaftsschwächeren Regionen Nachteile bei Subventionen hätte, seien anlässlich des Besuchs thematisiert worden. Die Europäische Union verfolge beim TCTF selbstverständlich weiterhin ihr selbst gesetztes Ziel der Kohäsionspolitik. Da Baden-Württemberg allerdings aufgrund der im Land erhöhten industriellen Wertschöpfung sowie der starken Automotive-Branche besonders von der Transformation betroffen sei und dies stärker berücksichtigt werden sollte, werbe das Ministerium dafür, dies gerade bei den Subventionsmöglichkeiten zu beachten.

Neben dem EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte hätte auch der Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission am diesjährigen Wirtschaftsgipfel Baden-Württemberg – EU, der jährlich in Brüssel durchgeführt werde, teilgenommen. Hierüber sei das Wirtschaftsministerium sehr erfreut gewesen.

Darüber hinaus seien die makroregionalen Strategien, insbesondere die EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR), zu erwähnen. An diesen arbeite das Wirtschaftsministerium aktiv mit. Gemeinsam mit Kroatien koordiniere Baden-Württemberg im Rahmen der EUSDR den Prioritätsbereich 8, der sich mit der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im gesamten Donaauraum befasse. Dabei seien vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen im Blick.

Ein Abgeordneter der Grünen begrüßte die Behandlung der Mitteilung im Wirtschaftsausschuss, da sie viele wirtschaftspolitische Themen auf europäischer Ebene beinhalte. Ergänzend fügte er an, der Bericht über aktuelle europapolitische Themen verdeutliche die gute Zusammenarbeit zwischen dem Staatsministerium und dem Wirtschaftsministerium, was beispielsweise durch gemeinsame Veranstaltungen und Reisen verdeutlicht werde.

Besonders hervorzuheben sei die derzeit auf europäischer Ebene entstehende KI-Verordnung, die weltweit die erste ihrer Art sei. Bedeutend sei dies für Baden-Württemberg dahin gehend, da sich das Land ebenfalls verstärkt mit diesem Thema auseinandersetze. Er befürworte diese Verordnung, um die künstliche Intelligenz nicht dem freien Wettbewerb zu überlassen und Wildwüchse zu beschränken.

Der Europaausschuss des Landtags befasse sich ebenfalls mit der Mitteilung der Landesregierung, und zwar themenübergreifend. Insgesamt entnehme er der Mitteilung, es werde auf europäischer Ebene beabsichtigt, eine resiliente Politik für die Bevölkerung in der Europäischen Union zu gestalten.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP brachte vor, der vorliegende Bericht beinhalte wichtige wirtschaftspolitische Themen, weshalb sich der hiesige Ausschuss auch mit dem Bericht befassen müsse. Dies gelte insbesondere für den Bereich der künstlichen Intelligenz. Er warne in diesem Zusammenhang vor einer Überregulierung. Diese könne eintreten, sollten Regelungen sowohl auf europäischer als auch auf Bundes- und Landesebene entwickelt werden. Daher rate er, gewisse Freiräume einzuräumen, zumal es in anderen Teilen der Welt in Bezug auf die künstliche Intelligenz lockerere Regelungen gebe.

Seine Fraktion begrüße die Zusammenarbeit der Regionen im Rahmen der „Vier Motoren für Europa“, da es wichtig sei, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch regional zusammenzuarbeiten.

Allerdings bemängelte er die Europawahlkampagne, im Rahmen derer die Ape-Tour mit einem Besuch von 14 Städten geplant sei. Es sollte zwar der Grundsatz, tue Gutes und rede darüber, angewandt werden, allerdings bedürfe es auch immer eines Kosten-Nutzen-Vergleichs. Deshalb interessierten ihn die Kosten für die Kampagne sowie der angesprochenen Tour.

Bei den Beihilferegelungen der Europäischen Union sollte darauf geachtet werden, dass diese Baden-Württemberg nicht zu sehr einschränkten, zumal freier Wettbewerb auch frei gestaltet sein müsse. Er bitte daher die Landesregierung, in Gesprächen mit den Verantwortlichen auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Beihilferegelungen Baden-Württemberg nicht zu sehr einschränkten.

Ein Abgeordneter der SPD merkte an, im Bericht werde auf das gemeinsame Positionspapier der „Vier Motoren für Europa“ verwiesen. Diesbezüglich wolle er wissen, inwieweit das Land dadurch Druck erzeugen könne. Darüber hinaus bitte er um eine Präzisierung, was unter den „weiteren Sektoren“ zu verstehen sei, die neben Kohle und Energie einbezogen werden sollen.

Hinsichtlich der Ape-Tour frage er, weshalb Mannheim als eine der wenigen Großstädte in Baden-Württemberg nicht als Halt vorgesehen sei, obgleich die Stadt Mannheim einen sehr großen europapolitischen Hintergrund habe. Er würde es begrüßen, sollte die Tour auf Mannheim ausgeweitet werden.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus legte dar, er vertrete ebenfalls die Auffassung, bei den Regulierungen im Bereich der künstlichen Intelligenz bedürfe es auf der einen Seite gewisser Regulierungen, um Rechtssicherheit zu erzeugen, wengleich sie auf der anderen Seite auch offen gestaltet sein müssten, um die notwendige Flexibilität für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu ermöglichen.

In Bezug auf die Beihilferegelungen werbe das Land nicht nur auf europäischer, sondern auch auf Bundesebene um Unterstützung, damit diese entsprechend angepasst würden.

Eine Vertreterin des Staatsministeriums ergänzte, hinsichtlich der Fragen zu der Europawahlkampagne lägen ihr nur wenige Informationen vor. Die Kampagne umfasse nicht nur die angesprochene Ape-Tour, sondern u. a. auch eine Social-Media-Kampagne und den Stand am Europaaktionstag auf dem Schlossplatz.

Ihrer Kenntnis nach seien alle größeren Städte und Kommunen gefragt worden, ob sie an der Ape-Tour mitwirken wollten. Die Städte und Kommunen seien nicht vom Staatsministerium festgelegt worden. Genauere Aussagen könne sie jedoch nicht tätigen.

Sie sagte daraufhin zu, ihre beiden Aussagen im Nachgang an die Sitzung schriftlich zu präzisieren.

Auf Bitten des Ministerialdirektors im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus präzierte der Abgeordnete der SPD seine Frage, welche „weiteren Sektoren“ neben Kohle und Energie einbezogen werden sollen. Er beziehe sich dabei auf die Ausführungen unter der Überschrift „Gemeinsames Positionspapier der ‚Vier Motoren für Europa‘“. Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus antwortete, seines Erachtens spielten die Bereiche Kohle und Energie im Rahmen der Mission der „Vier Motoren für Europa“ keine Rolle.

Der Abgeordnete der SPD zitierte den dritten Absatz auf Seite 5 der Drucksache 17/5662 und stellte hinsichtlich dessen die Frage, was unter dem Begriff „weitere Sektoren“ zu verstehen sei.

Eine noch nicht zu Wort gekommene Vertreterin des Staatsministeriums erläuterte, ihres Wissens beziehe sich dies auf den Just Transition Fund der Europäischen Kommission. Dieser sei von der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Regionen, die aufgrund des Ausstiegs aus der Kohle in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten könnten, aufgelegt worden. Nunmehr solle darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch Industrieregionen, beispielsweise Baden-Württemberg oder die weiteren Regionen der „Vier Motoren für Europa“, ebenfalls unterstützt werden müssten. Die Transformation betreffe nicht nur den Kohle- und Energiebereich, sondern umfasse auch die Dekarbonisierung im industriellen Bereich. Dies sei zu beachten.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/5662, Kenntnis zu nehmen.

22.11.2023

Scheerer

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023
– Drucksache 17/5662****Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2023 – Drucksache 17/5662 – Kenntnis zu nehmen.

15.11.2023

Der Berichtersteller:

Der stellvertretende Vorsitzende:

Georg Heitlinger

Klaus Hoher

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet die Mitteilung Drucksache 17/5662 in seiner 20. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 15. November 2023.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz legte dar, es handle sich bei dieser Mitteilung um den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das dritte Quartal 2023, den das Staatsministerium vorgelegt habe. In der Agrarpolitik gebe es eine starke Vergemeinschaftung, daher sei dieser Bericht für den Bereich Landwirtschaft immer besonders interessant.

In dem vorliegenden Bericht über aktuelle europapolitische Themen spiele der Strategiedialog Landwirtschaft eine große Rolle. Sowohl der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als auch sie selbst seien regelmäßig in Brüssel, um über verschiedene Themen zu sprechen. Der Strategiedialog Landwirtschaft sei im Juli dieses Jahres den europäischen Institutionen und dem Brüsseler Publikum vorgestellt worden. An der Podiumsdiskussion hätten u. a. der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie der Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft teilgenommen. Es gebe das ehrgeizige Ziel, eine Best Practice auf den Weg zu bringen.

Die Kommissionspräsidentin habe Baden-Württemberg als Beispiel genommen und die Idee eines Dialogprozesses aufgenommen. Sie habe im September 2023 in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union einen ähnlichen Dialog für die Zukunft der Landwirtschaft auf EU-Ebene angekündigt, auch unter dem Aspekt, dass Landwirtschaft und Naturschutz nur gemeinsam weiterentwickelt werden könnten. Es werde spannend, wie ein solcher Dialog im Hinblick auf sämtliche Mitgliedsstaaten der EU koordiniert werden könne, da bereits der Strategiedialog in Baden-Württemberg zeige, wie komplex dieses Thema sei.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sei durch die starke Vergemeinschaftung der Agrarpolitik nahezu täglich in vielen Bereichen mit EU-Themen befasst. An erster Stelle nenne sie diesbezüglich die GAP sowie deren Umsetzung und Kontrolle. Es gehe um eine gemeinsame Marktordnung sowie um viele Bereiche im Fachrecht. Dazu gehörten beispielsweise die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln oder auch der Bereich Lebensmittelsicherheit und Veterinärangelegenheiten, aber auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Für EFRE sei das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auch die Verwaltungsbehörde.

Sie selbst sei im Juni in Brüssel gewesen, um dort Gespräche zu führen. Diese Gespräche hätten beispielsweise die geografischen Angaben bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Lebensmittelerzeugung, den Green Deal sowie die „Farm to Fork“-Strategie zum Inhalt gehabt. Ihr speziell sei es ebenfalls um die Themen Ausbildung, Fort- und Weiterbildung gegangen.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz habe im Juli Gespräche mit Vertretern der Generaldirektionen Klimapolitik und Umwelt geführt. Hierbei sei es um den Bereich Wald und die Klimaschutzleistungen gegangen, die durch die Nutzung von Holz erzielt werden könnten, sowie um das Thema „Biodiversitätsstrategie und Wald“. In seiner Funktion als Verbraucherschutzminister sei der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mehrfach in Brüssel gewesen. Es habe gemeinsam mit der Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie EU-Parlamentariern einen runden Tisch gegeben, um über die „Sustainable Use Regulation“ (SUR) sowie über die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur zu diskutieren.

Im September habe der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an einer Veranstaltung des Europäischen Parlaments zum „European Farmers’ Deal“ teilgenommen. Im November finde ein Fachaustausch zum Thema „Potenziale und Umsetzung einer nachhaltigen integrativen Waldbewirtschaftung für Klimaschutz und Biodiversitätserhalt am Beispiel Baden-Württemberg“ statt. Das Land sei auch im Ausschuss der Regionen aktiv.

Insofern handle es sich bei dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen in weiten Teilen auch um einen Bericht über die Aktivitäten des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Anfang Dezember lade der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Rahmen seines Vorsitzes der Verbraucherschutzministerkonferenz nach Brüssel ein, um über den europäischen Verbraucherschutz zu sprechen.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte vor, der Fraktion GRÜNE sei es wichtig, dass Baden-Württemberg auch auf Ebene der EU präsent sei. Der Strategiedialog Landwirtschaft könne eine Blaupause sein, wie es in der EU weitergehen könne.

Sie wolle das Projekt „Weltacker“ hervorheben, das ebenfalls im Bericht über aktuelle europapolitische Themen erwähnt werde und vom Staatsministerium gefördert werde. Der Weltacker habe während der diesjährigen Bundesgartenschau repräsentativ für die 2 000 m² Ackerfläche gestanden, die rechnerisch jedem Menschen auf der Erde zur Verfügung stünden. Auf dem Gelände seien die 45 weltweit wichtigsten Ackerkulturen gezeigt worden. Es habe einen Rundweg mit verschiedenen Lernstationen gegeben. Sie erachte die Workshops, die im Rahmen des Programms „BUGA macht Schule“ mit Schulklassen durchgeführt worden seien, ebenfalls als wichtig. Dies sei ein aktiver Beitrag gewesen, um den Schülerinnen und Schülern die weltweite Landwirtschaft nahezubringen.

Ein Abgeordneter der CDU äußerte, in dem Bericht gehe es neben den schon genannten Themen beispielsweise auch um KI-Technologien, die „Vier Motoren für Europa“ sowie den Export von landwirtschaftlichen Gütern u. a. in die Ukraine. Seine Fraktion nehme den Bericht über aktuelle europapolitische Themen zur Kenntnis.

Ohne förmliche Abstimmung kommt der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 17/5662 Kenntnis zu nehmen.

30.11.2023

Heitlinger